

Antrag

Hannover, den 09.12.2025

Fraktion der CDU

Effiziente Rohstoffnutzung durch Recycling stärken - Kreislaufwirtschaft als Schlüssel zur Versorgungssicherheit

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft basiert auf drei zentralen Säulen: der Nutzung heimischer Rohstoffe, dem Rohstoffimport sowie dem Recycling und damit der Rückführung in die Kreislaufwirtschaft. Die heimische Rohstoffgewinnung stellt die verlässlichste Versorgungsquelle dar. Sie stärkt die Resilienz der Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks, bildet das Fundament für vielfältige inländische Wertschöpfungsketten und sichert Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze - insbesondere in ländlichen Regionen. Zudem gewährleistet sie hohe Umwelt- und Sozialstandards und reduziert durch kurze Transportwege die klimatische Belastung im Vergleich zu Importen aus Drittstaaten.

Mineralische Rohstoffe sind eine unverzichtbare Grundlage des täglichen Lebens und zugleich elementar für die industrielle Wertschöpfung¹. Ohne ihren verlässlichen Zugang lassen sich zentrale politische Ziele - etwa der Bau von bezahlbarem Wohnraum oder die Umsetzung der Energietransformation - nicht realisieren. Darüber hinaus bieten Lagerstättenflächen aufgrund ihrer Lage und vorhandener Infrastruktur häufig gute Voraussetzungen für regenerative Energieerzeugung durch Photovoltaik- oder Windkraftanlagen². Eine parallele Nutzung dieser Flächen zur Rohstoffgewinnung und zur Erzeugung erneuerbarer Energien kann Effizienzpotenziale heben und einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Deutschland verfügt über zahlreiche Lagerstätten mineralischer Rohstoffe. In Niedersachsen kann der Bedarf an Sand, Kies, Natursteinen und Ziegeleirohstoffen zum großen Teil durch heimische Lagerstätten gedeckt werden. Diese Rohstoffe werden zu fast 95 % von dem Baugewerbe sowie der Bauindustrie gebraucht. Laut Rohstoffsicherungsbericht 2022 gibt es jedoch Engpässe bei der Verfügbarkeit von Kies³. Die Gewinnung dieser Rohstoffe ist strategisch wichtig, um stabile Wertschöpfungsketten sicherzustellen und die nationale Versorgung zu gewährleisten. Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V. weist zudem darauf hin, dass der Bedarf an Primärrohstoffen langfristig nicht allein durch Sekundärrohstoffe gedeckt werden kann⁴. Eine kontinuierliche Gewinnung natürlicher Rohstoffe bleibt daher unerlässlich - ebenso wie die Prüfung, ob die aktuell ausgewiesenen Gewinnungsmengen für eine langfristige Versorgung ausreichen.

Gleichzeitig rückt das Themenfeld Deponien, Kreislaufwirtschaft und Recycling stärker in den Fokus. Trotz eines Wandels hin zum Erhalt der Gebäudesubstanz und somit einer abnehmenden Gebäudeabrissquote, wird in Fachkreisen auf einen zunehmenden Bedarf an Deponiekapazitäten hingewiesen. Eine gleichmäßigere Verteilung solcher Anlagen im Bundesgebiet könnte laut Experten die Transportkosten und CO₂-Emissionen senken. Unter bestimmten Voraussetzungen bieten sich auch

¹ Vgl. BDI: Ganzheitliche und nachhaltige Rohstoffpolitik, in: <https://bdi.eu/themenfelder/rohstoffe/ganzheitliche-und-nachhaltige-rohstoffpolitik/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

² Vgl. Der Bau- und Rohstoff-Blog für Bayern: Das ABC der Rohstoffgewinnung, in: <https://blog.biv.bayern/klima-umwelt-bc11/das-abc-der-rohstoffgewinnung-die-wichtigsten-begriffe-kurz-und-einfach-erklart-ewie-erneuerbare-energien-ba37> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

³ Vgl. Rohstoffsicherungsbericht 2022, S. 29.

⁴ Vgl. MIRO: Recycling- oder Primärbaustoffe? Beides wird in Kombination gebraucht, in: <https://www.bv-miro.org/presse/recycling-oder-primarbaustoffe/> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

ehemalige Rohstoffgewinnungsstandorte für die Verfüllung an - das würde ebenfalls zur Entlastung bestehender Deponien beitragen.

Die in der Rohstoffgewinnung tätigen Unternehmen in Deutschland sehen sich jedoch großen Herausforderungen gegenüber. Langwierige, kostenintensive Genehmigungsprozesse sowie rechtliche Unsicherheiten behindern die Entwicklung heimischer Rohstoffprojekte erheblich. Ohne grundlegende regulatorische Verbesserungen ist eine langfristige, wettbewerbsfähige Versorgung mit heimischen Primärrohstoffen gefährdet. Auch wenn die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft weiter zunehmen wird, bleibt die Gewinnung von Primärrohstoffen ein entscheidender Bestandteil der nationalen Rohstoffstrategie.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die heimische Rohstoffsicherung in der Raumordnung umfassend zu stärken und die Rohstoffsicherung und -gewinnung in das überragende öffentliche Interesse zu stellen,
2. die Verlässlichkeit in die raumordnerische Sicherung von Flächen zur Rohstoffgewinnung zu steigern sowie bei der Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) Rücknahmen von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung besonders sorgfältig zu prüfen und darauf hinzuwirken, dass archäologische Funde oder denkmalgeschützte Strukturen nicht in Widerspruch zur regionalen Rohstoffversorgung geraten, sondern beide Belange in einem ausgewogenen und praktikablen Verfahren berücksichtigt werden,
3. einen Landesbeirat für Rohstoffe zu bilden, der mit den unterschiedlichen Interessengruppen (Rohstoffverbände, Energie, Netzausbau, Landwirtschaft, Tourismus, Umweltverbände, Politik) besetzt ist, um - orientiert am Vorbild des „Niedersächsischen Weges“ - gemeinsame abgestimmte Strategien für die Rohstoffgewinnung hin zu mehr nationaler Resilienz zu erlangen und auf den Abbau von Nutzungskonflikten der unterschiedlichen Interessen hinzuwirken,
4. die Rohstoffbedarfe des Landes Niedersachsen auf Grundlage der großen Herausforderungen im Bereich der Infrastruktur, der Energiewende (Trassen, WEAs etc.), des Wohnungsbaus zu quantifizieren und anschließend mit der Rohstoffplanung abzugleichen, um eine sachgerechte Anpassung der Planungsgrundlagen zu ermöglichen,
5. Genehmigungsverfahren für Erweiterungsflächen (aktuell ca. zehn Jahre Genehmigungszeiten) und für Neuaufschlüsse (aktuell bis zu 20 Jahre Genehmigungszeiten) deutlich zu beschleunigen,
6. zur Einreichung von Antragsunterlagen verpflichtende Eingangskontrolle der Genehmigungsbehörden sowie einen verpflichtenden Scopingtermin zu etablieren,
7. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass eine eingeschränkte, vereinfachte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Erweiterungsflächen eingeführt wird,
8. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die räumliche und sachliche Betroffenheit von Verbänden im Sinne des Umwelt Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) zur Voraussetzung für rechtliche Einwände gemacht wird,
9. sich beim Bund dafür einzusetzen, den vorliegenden Entwurf der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) des Bundesumweltministeriums hinsichtlich der Bedeutung von Primärrohstoffen für die Resilienz und Versorgung des Standorts Deutschlands zielorientiert zu überarbeiten und gleichzeitig stärker auf die Prinzipien Wettbewerb, Kosten- und Ressourceneffizienz, Technologie- und Materialoffenheit sowie auf zielgerichtete Innovationen auszurichten,
10. durch eine Initiative im Bundesrat zeitnah bundeseinheitliche und europarechtskonforme Regelungen zum Ende der Abfalleigenschaft für alle mineralischen Abfälle anzustoßen, sodass qualitätsgesicherte Recyclingbaustoffe den rechtlichen Status des Abfalls verlieren und rechtlich den Primärbaustoffen gleichgestellt werden,
11. eine Bundesratsinitiative zu initiieren, um für die sortenreine Trennung, Beprobung und Lagerung von Bau- und Abbruchmaterial eine Privilegierung von Recyclinganlagen im Außenbereich in der Nähe zu Rohstoffgewinnungsflächen zu erzielen,

12. sich auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, dass die Installation von Floating-PV-Anlagen auf künstlichen Gewässern, insbesondere in ehemaligen Rohstoffgewinnungsstätten, raumordnerisch ermöglicht und nicht durch restriktive Vorgaben zur Flächennutzung behindert wird.

Begründung

Die nationale Rohstoffsicherung muss vor dem Hintergrund einer zunehmenden protektionistischen, von nationalen Interessen getriebenen Weltwirtschaft sowie einer sich dramatisch verändernden Sicherheitslage neu bewertet werden. Diese Bewertung muss sowohl die langwierigen Genehmigungsverfahren, die Verlässlichkeit der raumordnerischen Sicherung von ausgewiesenen Flächen zur Rohstoffgewinnung als auch die Quantität der zur Verfügung stehenden Massen umfassen.

Zu 1. und 2.:

Zur Sicherung der Rohstoffversorgung sollte das Raumordnungsgesetz ergänzt werden, um Bedarfe zu decken sowie die Rechts- und Planungssicherheit für Gewinnungsbetriebe zu stärken. Die raumordnerischen Grundsätze nach § 2 Abs. 2 ROG sind bei Abwägungsentscheidungen verbindlich zu berücksichtigen. Ziel ist es, die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen - insbesondere Sand, Kies, Schotter und Splitt - durch ihre Einordnung als „überragendes öffentliches Interesse“ zu priorisieren.⁵ Diese Einstufung stärkt ihre Stellung im Abwägungsprozess gegenüber konkurrierenden Belangen.

Deutschland ist auf heimische Gesteinsrohstoffe angewiesen - aktuell werden sie an über 2 700 Standorten dezentral gewonnen, was kurze Transportwege, CO₂-Einsparungen und Versorgungssicherheit ermöglicht. Die Zahl der Betriebe nimmt jedoch ab, wodurch die Rohstoffversorgung zunehmend gefährdet ist. Studien von BGR, EY und RWI bestätigen den langfristigen Bedarf an inländischen Rohstoffen - auch im Hinblick auf Klimaschutz (Artikel 20a Grundgesetz) und geplante Infrastrukturinvestitionen von bis zu 500 Milliarden Euro.⁶ Angesichts des zunehmenden Flächenendrucks dürfen hochwertige Vorkommen nicht durch andere Nutzungen überplant werden. Landes- und Regionalplanung müssen auch langfristig (30 bis 50 Jahre) rohstoffsichernde Vorhaben gewährleisten, da Rohstoffe standortgebunden sind und nicht verlagert werden können. Überplanungen könnten die Daseinsvorsorge gefährden. Daher müssen neben bestehenden auch neue, erweiterte und Ersatzgewinnungsflächen planungsrechtlich gesichert werden. Dies gilt ebenso für Seekies, der insbesondere für wassernahe Großvorhaben kurze Transportwege und eine umweltschonende Versorgung sicherstellt.

Zu 3.:

Genehmigungsrechtliche Hürden können frühzeitig erkannt und fachlich diskutiert werden, wodurch Interessen transparent dargestellt und spätere Klageverfahren vermieden werden. Zugleich wird geklärt, welche Gutachten erforderlich sind, was die Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt und Rechtssicherheit schafft. So bleibt die dezentrale Rohstoffversorgung langfristig gesichert, da standortgebundene Flächen nicht überplant werden. Dies stärkt die Unabhängigkeit und unterstützt politische Ziele wie bezahlbaren Wohnraum, Infrastrukturaufbau und Klimatransformation.

Zu 4.:

Die Vorranggebiete für die Rohstoffgewinnung von Sand, Kies, Naturstein und Ton wurden zuletzt im Jahr 2012 aktualisiert. Eine nach Rohstoffarten differenzierte Bedarfsprüfung an Vorrangflächen ist erforderlich, da der Flächenverbrauch stark variiert. Der Rohstoffsicherungsbericht 2022 des LBEG zeigt, dass rund 68 % der genehmigten Sand- und Kiesvorräte in Niedersachsen nur noch für

⁵ Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Sand und Kies in Deutschland, in: https://www.bv-miro.org/wp-content/uploads/studie_sand_und_kies_Band_I_2022.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

⁶ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Genehmigungsverfahren zum Rohstoffabbau in Deutschland – Endbericht, in: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/ey-gutachten-genehmigungsverfahren-zum-rohstoffabbau-in-deutschland.html> & RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-

schung: Rohstonachfrage 2045, in: https://cdn.prod.website-files.com/664355396b105bd9a4e9cadb/67e68247988a76b6c758f80c_Steine-Erden-Rohstoffstudie%202025%20-%20RWI.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.11.2025).

maximal zehn Jahre reichen. In Verbindung mit den Regionalplanungen soll so eine bedarfsunabhängige Sicherung von Flächen für die kurz-, mittel- und langfristige Rohstoffgewinnung erfolgen. Neue Vorrangflächen könnten dann gezielt, zunächst auf RROP-Ebene, ausgewiesen werden.

Zu 5. bis 8.:

Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energien-Anlagen und umweltrechtliche Verfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Anzahl und Tiefe der erforderlichen Fachgutachten ist zu begrenzen und die Genehmigungsschritte zu reduzieren. Dafür braucht es einheitliche Standards. Eine eingeschränkte UVP-Pflicht für Erweiterungsflächen ist sinnvoll, da für den Ursprungsbereich bereits eine UVP vorliegt. Darüber hinaus zeigen die im Rohstoffsicherungsbericht 2022 des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) ausgewiesenen Verfahrensdauern, dass Vorplanung, Prüfung und Genehmigung von Abbauanträgen mittlerweile überwiegend fünf bis zehn Jahre in Anspruch nehmen und sich in Fällen gerichtlicher Auseinandersetzungen weiter verlängern können.⁷ Diese Entwicklung verdeutlicht den erheblichen Beschleunigungsbedarf bei den fachrechtlichen Genehmigungsverfahren. Hinzu kommt, dass die raumordnerische Sicherung von Gewinnungsflächen in den Regionalen Raumordnungsprogrammen, die in der Verantwortung der Landkreise und der Region Hannover liegt, häufig ebenfalls mehrere Jahre beansprucht. Die Ausweisung oder Fortschreibung rohstoffrelevanter Vorranggebiete erfolgt im Rahmen der kommunalen Planungshoheit und umfasst umfangreiche Beteiligungs-, Abwägungs- und Genehmigungsschritte. Beispiele aus der Praxis, etwa die laufende Neuaufstellung des RROP im Landkreis Hameln-Pyrmont, zeigen Verfahrenslaufzeiten von fünf bis zehn Jahren und in Einzelfällen deutlich darüber hinaus. Diese raumordnerischen Vorlaufzeiten verzögern die Sicherung von Gewinnungsflächen zusätzlich, da Genehmigungen erst auf Grundlage rechtskräftiger Raumordnungspläne erteilt werden können. Künftige Prüfungen sollten auf neue Aspekte beschränkt bleiben. Eine pragmatische Potenzialanalyse kann ausreichen und Aufwand deutlich verringern. Sind alle fachgesetzlichen Anforderungen erfüllt, sollte die Genehmigung erteilt und ein vorzeitiger Beginn des Vorhabens ermöglicht werden. Auch das Verbandsklagerecht muss reformiert werden, z. B. durch eine Beschränkung auf klagebefugte Organisationen mit lokalem Interesse. Ein verpflichtender Scoping-Termin sowie Genehmigungsfiktionen würden für Transparenz sorgen und Verfahren deutlich beschleunigen. Diese Maßnahmen sichern eine zügige Genehmigungspraxis und stärken die dezentrale Rohstoffversorgung. Dies reduziert CO₂-Emissionen aufgrund kürzerer Transportwege, steigert die Wirtschaftlichkeit von Projekten und unterstützt politische Ziele wie bezahlbaren Wohnraum, Infrastrukturausbau und Klimaschutz.

Zu 9. und 10.:

Derzeit werden bereits ca. 90 % der anfallenden, mineralischen Baustoffe aus Abbruchvorhaben u. ä. wiederverwertet. Diese Menge ist jedoch gerade einmal ausreichend, um etwa 13 % des Bedarfes an mineralischen Rohstoffen zu decken.⁸ Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass ca. 87 % weiterhin durch die Verwendung von Primärrohstoffen abgedeckt werden müssen. Vor dem Hintergrund politischer Ziele, wie z. B. Energietransformation, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie Sanierung und Ausbau von Infrastruktur ist davon auszugehen, dass der Bedarf tendenziell zunehmen wird. Dies wird zusätzlich durch das kürzlich verabschiedete Infrastruktursondervermögen untermauert.

Daher ist darauf abzielen, dass erstens eine dezentrale Versorgung mit Rohstoffen gesichert ist, um entsprechende Bauprojekte ökonomisch darstellen zu können und gleichzeitig die CO₂-Emissionen so gering wie möglich gehalten werden, und zweitens im Sinne der Kreislaufwirtschaft, der Einsatz von grundsätzlich geeigneten Sekundärrohstoffen gefördert wird, indem sie ihre Abfalleigenschaft verlieren ohne dabei durch neue bürokratische Hürden, wie z. B. REACH-Deklaration, „beaufschlagt“ werden. Letzteres trägt v. a. dazu bei, sofern wirtschaftlich darstellbar, dass Primärressourcen geschont werden können. Es ist also ersichtlich, dass das Eine das Andere nicht ausschließt und Deutschland weiterhin auf beide Stoffströme angewiesen ist, um versorgungsresilient zu bleiben.

⁷ Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) (2022): Rohstoffsicherungsbericht Niedersachsen 2022, S. 8.

⁸ MIRO-Gesteins-Depeche, 2024.

Zu 11.:

Der Einsatz von Recycling-Baustoffen unterstützt die Versorgung mit mineralischen Körnungen und trägt wesentlich zur Ressourcenschonung bei. Rohstoffgewinnungsbetriebe bieten seit Jahrzehnten ideale Voraussetzungen für das Recycling, da sie über integrierte Strukturen, Fachpersonal und geeignete Technik verfügen. Ihre großzügigen Flächen ermöglichen zudem die getrennte Lagerung und Beprobung von Bauabfällen. So entstehen kurze Transportwege und ein bedarfsgerechtes Angebot an Primär- und Sekundärgesteinskörnungen. Um das Recycling im Sinne der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) zu fördern, sollte der Gesetzgeber Bauschuttrecyclinganlagen im direkten Umfeld von Gewinnungsstätten im Außenbereich bauplanungsrechtlich privilegieren.

Zu 12.:

Die Nutzung künstlicher Gewässer, insbesondere in ehemaligen Rohstoffgewinnungsstätten, für schwimmende Photovoltaikanlagen (Floating-PV) bietet die Möglichkeit, bestehende Flächenpotenziale effizient und konfliktarm zu erschließen. Gerade in Zeiten wachsender Flächenkonkurrenz ist es erforderlich, raumordnerische Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass praxistaugliche Doppelnutzungen nicht durch einseitige Vorgaben, etwa die vorrangige Nutzung versiegelter Flächen, behindert werden. Floating-PV kann dort einen sinnvollen Beitrag leisten, wo bestehende Infrastrukturen genutzt und neue Flächenausweisungen vermieden werden können.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin